

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1888

24.6.1888 (No. 172)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 24. Juni.

№ 172.

Expedition: Carl-Friedrichs-Str. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Voranzbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1888.

Ämtlicher Theil.

Seine Königl. Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 15. Juni d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Königlich Belgischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am Großherzoglichen Hofe, Grafen van der Straten-Ponthoz, das Großkreuz Höchstes Ordens vom Jähringer Löwen zu verleihen.

Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 23. Juni.

Der Wahlsieg des Gladstone'schen Ministry in Ayrshire und die kleine Niederlage, welche die Regierung bei der Beratung des Lokalverwaltungs-Gesetzes am Dienstag im Unterhause erlitt, haben die englische Opposition mit neuem Muth erfüllt; die Gladstone'sche Partei steht im Begriffe, einen neuen Angriff gegen die Stellung des Ministeriums Salisbury zu unternehmen. In der gestrigen Unterhaus-Sitzung kündigte John Morley an, er werde nächstens die Resolution zur Erörterung stellen, daß die Ausführung des irischen Zwangs-Gesetzes die Achtung vor den Gesetzen untergrabe. Der Schatzkanzler Smith erklärte, da dieser Antrag ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung enthalte, so müsse es der letzteren überlassen bleiben, den Tag für die Debatte des Antrags festzusetzen, und sie bestimme dafür den nächsten Montag. Die Opposition vermag indessen auf einen unmittelbaren Erfolg des Morley'schen Antrags nicht zu rechnen und es dürfte ihr hauptsächlich auf die agitatorische Ausbeutung der Debatte ankommen. Wenn die Disziplin in den Reihen der regierungsfreundlichen Abgeordneten, wie die Abstimmung vom Dienstag zeigt, in letzter Zeit allerdings gelockert worden war, so dürfte die Parteiverammlung der Konservativen am Donnerstag und die gestrige Parteiverammlung der liberalen Unionisten darin eine Besserung herbeigeführt haben; außerdem beziehen sich die im gouvemenentalen Lager vorhandenen Meinungsverschiedenheiten aber durchaus nicht auf die irische Frage, in welcher Konservative und liberale Unionisten in dem Entschlusse übereinstimmen, die Regierung vor einer Niederlage, welche die Home-Rule-Partei an das Ruder bringen könnte, zu bewahren.

Wochen-Rundschau.

Am Montag ist Kaiser Friedrich's feierliche Hülle in die Gruft verlegt worden. Bei der Beschränkung der Räumlichkeiten in Potsdam sah man davon ab, der Trauerfeier eine größere Ausdehnung zu geben, und so waren Vertreter der deutschen und der ausländischen Höfe in größerer Anzahl nicht zu derselben erschienen. Von Schloß Friedrichskron aus bewegte der Kondukt sich nach der Friedenskirche, in welcher die Beisetzung erfolgte. In ganz Deutschland war dieser Tag der Trauer um den dahingeshiedenen Kaiser geweiht, überall ruhte der Geschäftsverkehr, während Kaiser Friedrich's Leiche zu Grab getragen wurde, und in zahlreichen Orten des In- und Auslandes fanden Gedächtnisgottesdienste statt. Wenn an diesem Tage die Gedanken des deutschen Volkes noch einmal vorzugsweise bei dem dahingeshiedenen Kaiser verweilten, so mußten sie sich dem natürlichen Gange der Ereignisse gemäß nun überwiegend dem neuen Kaiser zuwenden, dem die Aufgabe zufällt, das von seinem Großvater geschaffene und von seinem Vater mit begründete Werk weiterzuführen, ein großes Erbe weise und umsichtig zu verwalten. So groß wie die Anforderungen, die an Kaiser Wilhelm II. herantraten, haben sich aber auch das ihm entgegengebrachte Vertrauen und die auf ihn gesetzten Erwartungen erwiesen. In den Blättern des In- und Auslandes, die sich in den letzten acht Tagen mit dem in Berlin eingetretenen Regierungswechsel beschäftigten, ist dieses Vertrauen einmüthig ausgesprochen worden. Dasselbe erhielt eine volle Bestätigung zunächst durch die vom Kaiser am Montag an sein preussisches Volk gerichtete Proklamation. Der neue Herrscher versprach in der Ansprache, nach dem Beispiele der Väter ein gerechter und milder Fürst zu sein, die Frömmigkeit und Gottesfurcht zu pflegen, den Frieden zu schirmen, die Wohlfahrt des Landes zu fördern und dem Rechte ein treuer Wächter zu sein; sie betonte, daß der neue Monarch auf die gegenseitige Liebe zwischen Fürst und Volk zähle, und brachte neben einem festen energischen Willen eine edle und wohlwollende Gesinnung zum Ausdruck. Der Reichstag ist von Seiner Majestät dem Kaiser auf den 25. Juni, der preussische Landtag auf den 27. Juni berufen worden.

Seine Königl. Hoheit der Großherzog, Höchstw. welche mit der Großherzogin und dem Erbgr.

herzoglichen Paare der Beisetzungsfier in Potsdam beivohnte, hat auf den Wunsch Seiner Majestät des Kaisers seinen Aufenthalt daselbst verlängert, wozu Ihre Königl. Hoheit die Großherzogin am Donnerstag Ihre Majestät die Kaiserin Augusta nach Baden-Baden zurückbegleitete. Ihre Königl. Hoheiten der Erbgr. herzog und die Erbgr. herzogin verließen Potsdam gleichfalls am Donnerstag wieder, um sich zunächst nach Dessau zu begeben, von wo aus Höchstw. dieselben über Königheim nach Freiburg zurückkehren.

Der Bundesrath hielt am Donnerstag eine Plenar-Sitzung ab, in welcher der Reichskanzler Fürst Bismarck Mitteilung von dem Ableben des Kaisers Friedrich und der Thronbesteigung Seiner Majestät des Kaisers Wilhelm machte. Der Vertreter der bayerischen Regierung, Graf Lerchensfeld-Köfering, gab im Namen des Bundesraths der Trauer um das Hinscheiden Kaiser Friedrichs und der treuen Ergebenheit für Kaiser Wilhelm Ausdruck. Ein Antrag der sächsischen Regierung, den über Leipzig verhängten kleinen Belagerungszustand für die Dauer eines Jahres zu verlängern, erhielt die Zustimmung des Bundesraths.

Beide Kammern der Badischen Landstände nahmen diese Woche nach einer längeren Pause ihre Plenar-Sitzungen wieder auf. Vor dem Uebergang zu den Geschäften wurde in beiden Häusern in herzlichem Ansprechen des Hinscheidens Kaisers Friedrich gedacht. — Die Erste Kammer erledigte sodann noch in ihrer einzigen diese Woche, am Mittwoch, abgehaltenen Sitzung zwei Petitionen. Die Zweite Kammer nahm in ihrer heutigen Sitzung unverändert an die Gesekentwürfe betreffend die Abänderung des Rechtspolizeigesetzes vom 6. Febr. 1879, sowie die Steuerbefreiung des als Hausrath bereiteten Weines. Der Gesekentwurf betreffend die Aenderung einiger gesetzlicher Bestimmungen über die rechtliche Stellung der Kirchen und kirchlichen Vereine im Staate gelangte in der demselben von der Ersten Kammer gegebenen Fassung schließlich zur einstimmigen Annahme. Weiter kamen auch in der Zweiten Kammer mehrere Petitionen zur Erledigung.

Die in Pest tagenden österreichisch-ungarischen Delegationen entwickelten eine eifrige und ersprießliche Thätigkeit. Dieselben sprachen wiederum dem Grafen Kalnoky, nachdem dieser die leitenden Gesichtspunkte der auswärtigen Politik Oesterreich-Ungarns dargelegt hatte, volles Vertrauen aus. Unter der Fülle von Beldes-kundgebungen, welche durch den Tod des Kaisers Friedrich hervorgerufen wurden, zeichneten sich durch die Herzlichkeit des Ausdrucks besonders diejenigen des österreichischen Hofes und der parlamentarischen Vertretungen Oesterreich-Ungarns aus. Es trat dabei ein bezeichnender Zug des österreichisch-deutschen Verhältnisses zu Tage. In den Delegationen, im ungarischen Reichstage, in der Presse beider Reichshälften wurde nachdrücklich hervorgehoben, daß Oesterreich-Ungarn in dem Kaiser Friedrich einen eifrigen und treuen Anhänger des deutsch-österreichischen Bündnisses verloren habe; trotzdem galt es aber für selbstverständlich und Niemand äußerte den geringsten Zweifel daran, daß in dem Verhältnisse zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn durch den Regierungswechsel absolut keine Veränderung hervorgerufen werden würde. Man nahm es als eine abgemachte Thatsache hin, und selbst die Gegner der deutsch-österreichischen Allianz haben sich darüber nicht einen Augenblick einer Illusion hingeeben, daß Kaiser Wilhelm II. an dem Bündnisse mit Oesterreich unverbrüchlich festhalten werde. Diese Ueberzeugung wurzelte nicht nur in der Annahme, daß Kaiser Wilhelm die ihm überkommenen Verhältnisse der auswärtigen Politik pietätvoll pflegen werde; sie stützte sich nicht bloß auf die persönlichen Beziehungen des neuen Deutschen Kaisers, der ein intimer Freund des österreichischen Kronprinzen ist, zum Wiener Hofe; sie gründete sich in der Hauptsache auf das Bewußtsein, daß das deutsch-österreichische Bündniß ein Werk ist, welches in seiner Festigkeit und Dauerhaftigkeit von allen Personenwechseln unabhängig da steht.

Bei der am vorigen Sonntag im französischen Departement der Charente vorgenommenen Deputirtenwahl war von dem boulangistischen Wahlkomite Herr Paul Droulede den Wählern präsentirt worden; die Kandidatur des einstigen Präsidenten der Patriotengala fand aber so wenig Anklang, daß Herr Droulede hinsichtlich der Stimmenzahl weit hinter seinen beiden Mitbewerbern zurückblieb. Das boulangistische Komitee konnte sich seiner Hoffnung darauf hingeben, daß bei der Stichwahl das Verhältniß sich für Droulede günstiger gestalten werde und zwang, um den Boulangismus nicht einer sichern Niederlage auszuliefern, Droulede zur Verzichtleistung auf seine Kandidatur. Im Uebrigen verzichtete das Komitee darauf, den Wählern, die am Sonntag ihre Stimmen für Droulede abgegeben hatten, einen der au-

deren Kandidaten zu empfehlen. In republikanischen Blättern wurde der Umstand, daß die Boulangisten die weitere Betheiligung am Wahlkampf aufgaben, ohne den Muth zu haben, den Wählern für die Stichwahl den republikanischen Kandidaten zu empfehlen, als ein neuer Beweis für die Abhängigkeit Boulangers von den Bonapartisten aufgefaßt. Andererseits bewies die Ausichtslosigkeit der Kandidatur Droulede's in dem von den Bonapartisten beherrschten Departement, daß ein sehr erheblicher Theil der bonapartistischen Partei von dem Boulangismus nichts wissen will.

Bei dem Eintritt des englischen Unterhauses in die Spezialberatung des Lokalverwaltungs-Gesetzes hatte der Minister Smith an die regierungsfreundlichen Abgeordneten die Aufforderung gerichtet, vollzählig im Parlamente zu erscheinen, da man nicht wisse, was für Abstimmungen eintreten würden und eine Niederlage selbst in einem verhältnißmäßig untergeordneten Punkte die Autorität der Regierung schwächen würde. Der von Smith angedeutete Fall trat in der Dienstags-Sitzung des Unterhauses ein, in welcher ein von der Opposition gestellter Antrag, trotzdem die Regierung ihn bekämpfte, mit einer Majorität von dreißig Stimmen angenommen wurde. Auch in einer am Donnerstag bei Lord Salisbury abgehaltenen Beratung der konservativen Unterhausfraktion kam es zu Auseinandersetzungen über die Lokalverwaltungs-Bill, da ein Theil der konservativen Bestimmungen, zu denen die Regierung sich durch die Rücksicht auf die liberalen Unionisten genöthigt sieht, beanstandeten.

Die in voriger Woche in Spanien ausgebrochene Kabinetkrisis ist durch eine Rekonstruktion des Ministeriums Sagasta beendet worden. Sagasta verlas beim Wiederzusammentritt der Kammern eine Erklärung, nach welcher das Programm der Regierung mit demjenigen des früheren Cabinets konform ist. Der Minister des Auswärtigen, Moret, führte am Dienstag auf eine Anfrage aus, daß kein Grund vorhanden sei, an eine Aenderung der auswärtigen Politik Spaniens zu denken, und daß die Regierung an dem Grundsätze der unbedingten Neutralität auch ferner festhalten werde.

Dem Juniheft des Deutschen Handelsarchivs entnehmen wir über den Verkehr deutscher Schiffe in A p i a, daß im Jahre 1886 diesen Hafen 89 Schiffe mit zusammen 13 879 Reg.-Tonnen besuchten; 8 derselben kamen in Ballast an. Ausgegangen sind von diesen Schiffen, einschließlich 9, welche zu Beginn des Jahres im Hafen lagen, 92, darunter 19 in Ballast. Am Jahreschlusse verblieben 6 deutsche Schiffe von zusammen 1041 Reg.-Tonnen im Hafen. Außer den obengenannten Schiffen haben hier vier Schiffe von je weniger als 50 Kubikmeter verkehrt, welche den Verkehr innerhalb der Samoagruppe vermitteln und im Jahre 1886 106 Reisen machten. Nichtdeutsche Schiffe haben für deutsche Rechnung (Deutsche Handels- und Plantagen-Gesellschaft) 15 von zusammen 1519 Reg.-Tonnen den hiesigen Hafen besucht. Der entsprechende Verkehr des Jahres 1887 war folgender: Zu Beginn des Jahres waren im Hafen 6 deutsche Schiffe von zusammen 1041 Reg.-Tonnen. Eingegangen sind 109 deutsche Schiffe von zusammen 24403 Reg.-Tonnen, darunter 12 in Ballast. Ausgegangen sind 112 deutsche Schiffe von zusammen 25365 Reg.-Tonnen, darunter 19 in Ballast. Am Jahreschlusse waren drei deutsche Schiffe von zusammen 79 Reg.-Tonnen im Hafen. Außerdem liefen hier fünf deutsche Schiffe von je weniger als 50 Kubikmeter, welche den Verkehr innerhalb der Samoagruppe vermitteln, auf 89 Reisen ein. — Im abgelaufenen Jahre haben in S a m o a 7 deutsche Segelschiffe von zusammen 4947,64 Reg.-Tonnen verkehrt. 5 derselben brachten Kaufmannsgüter, darunter 1 von Bremen und 2 Kohle von Newcastle (New-Süd-Wales). 2 dieser Schiffe nahmen Zuder für San Francisco in Ladung, die übrigen liefen in Ballast aus. — Im Hafen von S a b o n kamen 1887 52 deutsche Dampfschiffe mit 33 176 Reg.-Tonnen an; es gingen 51 deutsche Dampfschiffe von 33 058 Reg.-Tonnen aus. Es liefen ein und gingen aus 67 resp. 65 fremde Schiffe mit 68 423 resp. 67 435 Reg.-Tonnen. Aus- und Einfuhr haben sich nach ungefähren Schätzungen (statistische Angaben liegen darüber noch nicht vor) wesentlich verringert. An Waaren wurden hauptsächlich eingeführt: Baumwollenzuge, halbwoollene Gewebe, Hüte aller Art, Glaswaaren, Steingut, Salz, Seife, Lampen, Pulver, Stein-schloßgewehre, Nähmaschinen, Eisen- und Messingwaaren und Holzstoffer. Wegen der 60prozentigen Vergütung auf französische Spirituosen, wodurch namentlich Rum etwas billiger wird, beziehen die sämtlichen Häuser diesen aus Frankreich.

Deutschland.

* Berlin, 22. Juni. Seine Majestät der Kaiser hatte am gestrigen Morgen in der Zeit von 7 bis 9 Uhr einen Spazerritt in die nächste Umgegend von Potsdam unternommen und demnächst Ihrer Majestät der Kaiserin Augusta vor Allerhöchsteren Abreise von Potsdam im königlichen Stadtschlosse daselbst einen Besuch abgestattet. Seine Majestät der Kaiser begleitete hierauf Ihre Majestät die Kaiserin Augusta vom Stadtschlosse nach der

Friedenskirche, woselbst Allerhöchstdieselben längere Zeit verweilten. Nach der Rückkehr von dort empfing der Kaiser den Major Frhrn. v. d. Tann, den Oberlieutenant v. Pfuhlstein und den Major Frhrn. v. Nyvenheim, welche ehemals der Umgebung des verstorbenen Kaisers angehört hatten, und hörte den Vortrag des Oberceremonienmeisters Grafen zu Eulenburg. Mittags arbeitete der Kaiser mit dem Chef des Militärkabinetts, General v. Albedyll, und demnächst mit dem Kriegsminister, General Bronsart v. Schellendorff. Am Nachmittag sahen die Majestäten Ihre königlichen Hoheiten den Großherzog von Hessen und den Prinzen und die Prinzessin Heinrich als Gäste an der kaiserlichen Tafel. Nachmittags konferierte Se. Majestät mit dem Chef der Admiralität, General von Caprivi, und hierauf mit dem Staatsminister Grafen Herbert Bismarck. Nachdem hatte der Fürst Radolin die Ehre des Empfanges. Beide Majestäten unternahmen gegen Abend eine gemeinschaftliche Spazierfahrt nach dem Wildpark und nach der Rückkehr von derselben hatte Seine Majestät der Kaiser eine längere Konferenz mit dem Justizminister Dr. v. Friedberg. Zum Souper waren Ihre Königl. Hoheiten der Großherzog von Baden, der Großherzog von Hessen und der Prinz und die Prinzessin Heinrich bei den kaiserlichen Majestäten im Marmorpalais erschienen.

Auf Allerhöchsten Befehl sind alle Gesuche um Empfang und Meldung bei Seiner Majestät dem Kaiser von Nichtmilitärs an das Hofmarschallamt zu Potsdam zu richten.

Ihre Majestät die Kaiserin-Witwe Victoria wird sich, wie der „Post“ zufolge verlautet, bereits in den allernächsten Tagen nach der Schweiz begeben.

Dem Vernehmen nach haben der Prinz und die Prinzessin von Wales ihre auf heute angelegte Abreise von Berlin bis zum nächsten Sonntag resp. bis zum Montag der nächsten Woche verschoben.

Das seitens des hiesigen chinesischen Gesandten dem auswärtigen Amte übermittelte Telegramm des Kaisers von China lautet: „Wir Kaiser von China hatten Gelegenheit gehabt, von der Popularität und Beliebtheit Seiner Majestät des in Gott ruhenden Deutschen Kaisers Friedrich III. bei den deutschen Unterthanen Kenntnis zu erhalten. Die Nachricht des Ablebens des Deutschen Kaisers hat uns tief ergriffen. Wir drücken gleichzeitig unser lebhaftes Bedauern aus, daß der Deutsche Kaiser nach so kurzer Regierungszeit heimgegangen ist, und nehmen großen Antheil an den traurigen Ereignissen, die Deutschland zweimal hintereinander betroffen haben, ein Vorfall, der in der That gegen das menschliche Erwarten ist. Wir beauftragen den diesseitigen Gesandten Hung Chuen, beim Deutschen Kaiserhofe unsere Mitgeföhle und Theilnahme für die dem kaiserlichen und königlichen Hause und dem ganzen Deutschen Reiche zugefügten unerfesslichen Verluste, behufs deren weiteren Vermittelung beim Staatssekretär des kaiserl. deutschen Auswärtigen Amtes, zum Ausdruck zu bringen.“

Aus London berichtet das Wolffsche Telegraphenbureau: Anlässlich des Ablebens des Kaisers Friedrich wird am Sonntag den 24. d. Mts. um 11 Uhr 45 Minuten in der deutschen Kapelle ein Trauergottesdienst stattfinden, welchem folgende Personen beizuwohnen beabsichtigen: Die Prinzessinnen Louise, Victoria und Maud, Töchter des Prinzen von Wales, der Herzog von Cambridge, der Großherzog und die Großherzogin von Mecklenburg-Strelitz, die Prinzessin Christian von Schleswig-Holstein, der Herzog und die Herzogin von Teck, der Premierminister Lord Salisbury, die anderen Minister, der deutsche Botschafter Graf Hatzfeldt, das gesamte Personal der Deutschen Botschaft, alle anderen Botschafter, Minister und Konsuln, der Lordmayor. Der Prediger Wallbaum wird die Trauerrede halten.

In der gestrigen Plenarsitzung des Bundesrathes wurde nach der schon gemeldeten Rundgebung betreffs des Thronwechsels zunächst die wegen Ablaufs der Wahlperiode erforderliche Neuwahl der Mitglieder der Verwaltung des Reichsinvalidenfonds vorgenommen. Die Zustimmung wurde erteilt: dem Antrage Sachsens wegen erneuter Anordnungen auf Grund des § 28 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie, dem Antrage Hamburgs betreffend die Begrenzung des Hamburger Freihafengebietes, dem Entwurf von Bestimmungen über die Branntweinnaturierung, den Ausführungsvorschriften zum § 6 des Zuckersteuergesetzes und dem Antrage des Reichskanzlers betreffend die Inkraftsetzung des Privatlageregulativs und des Weinlageregulativs. Einem Gesuch wegen getrennten Nachweises von Zuteigarn und Mamilahangarn in der Statistik des Waarenverkehrs und der Eingabe zweier Tischlermeister betreffend die Befreiung ihrer Betriebe von der Unfallversicherungspflicht beschloß die Versammlung keine Folge zu geben. Dem Hauptsteueramt zu Posen wurde die unbeschränkte Befugnis zur Abfertigung mit dem Anspruch auf Steuervergütung ausgehenden Zuckers aller Art beigelegt. Auf den vom Ausschuss für Handel und Verkehr erhaltenen Bericht wurde beschloffen, die Anstalten zum Trocknen und Einsalzen ungegerbter Thierfelle sowie die Verbleinungs-, Verzinnungs- und Verzinkungsanstalten in das Verzeichniß der einer besonderen Genehmigung bedürftigen Anlagen (§ 16 der Gewerbeordnung) aufzunehmen. Endlich wurde über mehrere Anträge bezüglich der Zollbehandlung eingeleiteter Getreideladungen Entscheidung getroffen.

Wie der „Nordd. Allg. Ztg.“ berichtet wird, soll die Eröffnung des Reichstags am Montag unter großer Feierlichkeit vor sich gehen. Der große Vortritt bei Hofe, mit Hof-, Oberhof- und obersten Hofchargen werde dabei fungiren. Ueber dem Throne wird der Kaiserbaldachin sich erheben von Goldstoff, da Gelb die Kaiserfarbe ist, mit den eingefickten Reichsadlern. Zur

Seite des Thrones werden die Krönungsinsignien ausgelegt sein. Außer den Ministern werden die ganze Generalität und die Wirklichen Geheimräthe der Feierlichkeit beizuwohnen. — Die verfügbaren Zuschauerarten für die Tribünen im Weißen Saale sind für den kommenden Montag bereits völlig vergriffen. Die Anfragen haben um mehr als das Dreifache bereits den verfügbaren Raum überschritten.

Mit Bezugnahme auf die verkündete kaiserliche Verordnung vom 16. d. M., durch welche der Reichstag berufen ist, am 25. d. M. in Berlin zusammenzutreten, wird vom Stellvertreter des Reichskanzlers bekannt gemacht, daß die Eröffnung des Reichstags an diesem Tage um 1 Uhr Nachmittags im Weißen Saale des Residenzschlosses stattfinden wird. Zuvor wird ein Gottesdienst, und zwar für die Mitglieder der evangelischen Kirche in der Schlosskapelle um 12 Uhr, für die Mitglieder der katholischen Kirche in der St. Hedwigskirche um 12¹/₂ Uhr abgehalten.

Das Garde-Kürassierregiment, dessen Kommandeur beinahe ausschließlich der Kaiser gewesen war, soll, wie die „Post“ hört, zum Leibregiment erhoben werden.

Dem Vernehmen nach ist der Oberhof- und Hofmarschall Fürst Radolin beauftragt, dem Sultan das Ableben Kaiser Friedrichs und die Thronbesteigung Kaiser Wilhelms II. anzuzeigen. Fürst Radolin reist am Mittwoch nach Konstantinopel ab.

Der Magistrat trat dem Beschlusse der Stadtverordneten, die Büsten Kaiser Wilhelm's I. und Friedrich's III. aufzustellen, bei und beschloß ferner die Einsetzung einer Kommission, welche erwägen soll, in welcher Weise den beiden Kaisern in Berlin Denkmäler zu errichten seien, als dauernder Ausdruck der Dankbarkeit der Einwohnerschaft für das, was beide Kaiser für Berlin gethan haben.

Unter den zahlreichen aus dem Auslande eingegangenen Blumenpenden, welche auf dem Sarge Kaiser Friedrichs niedergelegt worden sind, befand sich auch ein prächtiger Kranz der deutschen Kolonie in Valparaiso. Gleichzeitig ist von derselben der Betrag von 10000 M. für die Ueberschwemmten eingesandt worden. Für den nänlichen Zweck hat die deutsche Kolonie in Buenos-Aires dem Reichskanzler die Summe von 50000 M. als Ertrag eines von ihr veranstalteten Bazzars übermittelt. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bemerkt hierzu: „Wir begrüßen diese Gaben als ein neues Zeichen für die treue Anhänglichkeit und für die aufopfernde Theilnahme, mit welcher unsere deutschen Landsleute im Auslande an der alten Heimath festhalten.“

Unter den Kränzen, welche der Prinz und die Prinzessin von Wales zur Schmückung des Sarges unseres hochseligen Kaisers Friedrich mitgebracht hatten, befand sich auch ein kostbarer großer Kissenkranz vom Deutschen Lehrerverein in England. Die mit einem Beilichkranz umrahmte Atlaskleife trug in Silberschrift die Widmung: „Seinem theuren Kaiser, der deutsche Lehrerverein in England.“

Dresden, 22. Juni. Heute Mittag fand in Gegenwart zahlreicher Fürstlichkeiten auf Schloß Albrechtsburg die Einsegnung der verstorbenen Prinzessin Marie von Sachsen-Altenburg und die Taufe der jüngst geborenen Tochter derselben statt.

Leipzig, 22. Juni. Die vierte Strafkammer des Reichsgerichts verwarf die von den Beurtheilten im Posener Sozialistenprozeß eingelegte Revision.

Stuttgart, 22. Juni. Die Evangel. Landessynode ist heute vom Kultusminister v. Sarwey im Auftrag des Königs geschlossen worden. Die Hauptaufgabe, die ihr gestellt war, die Durchberatung des mehrerwähnten Kirchenverfassungsgesetzes, ist in verhältnismäßig kurzer Zeit und dank dem maßvollen Verhalten der verschiedenen Parteirichtungen in friedlicher und sachgemäßer Weise erledigt worden, was auch der Kultusminister in seiner Schlussrede hervorhob. Einige aus der Mitte des Hauses gestellte Anträge, wie beispielsweise derjenige, welcher auf Einschränkung des königlichen Rechts der Ernennung von 6 landesherrlichen Mitgliedern gerichtet war, sind in der Kommission begraben worden; andere, wie der auf ein Verbot jedes Dekorums bei standesamtlichen Eheschließungen gerichtete, hat die Mehrheit des Plenums kurzer Hand abgewiesen. Im Ganzen genommen trugen somit die Verhandlungen dieser vierten württembergischen Landessynode ein den staatsmännischen und parlamentarischen Formen entsprechendes Gesicht, als die früheren, und man hofft deshalb, daß das Institut sich mehr und mehr einleben und auch die Sympathien weiterer Kreise erringen werde. Ein Stein des Anstoßes war auch in dieser Tagung zu wiederholten Malen seitens einzelner Mitglieder die Verkennung der verhältnismäßig sehr eng begrenzten, rein auf Innerkirchliches beschränkten Kompetenzen dieser Körperschaft, so daß die staats- und kirchenrechtlich versierten Redner, sei es aus der Mitte der Synode oder vom Tische der Regierung, des öfteren genöthigt waren, eine Belehrung über die hier einschlägigen Fragen zu erteilen. Dem Umstand, daß die Synode halb aus Laien, halb aus Geistlichen gewählt wird, war es zu verdanken, daß es an solchen gefegestundigen Mitgliedern nicht fehlte, die denn auch bei den Abstimmungen den Ausschlag zu Gunsten einer versöhnlichen und annehmbaren Lösung gaben. — Eine königliche Verordnung, die dieser Tage erlassen worden ist, bestimmt, daß die württembergischen „Revierförster“ künftig den Titel „Oberförster“ führen. Die Verordnung bedeutet die Genehmigung einer von dieser Beamtenkategorie eingereichten Eingabe; da in den meisten deutschen Staaten den Titel „Revierförster“ die unteren Diener dieses Ressorts führen,

so fühlten sich die akademisch gebildeten „Revierförster“ insbesondere auf den deutschen Forstversammlungen durch diesen Titel genirt.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 22. Juni. Der Bereranschuß der ungarischen Delegation genehmigte den Okkupationskredit, nachdem Baron Kallay die befriedigenden Verhältnisse der Okkupationsgebiete dargelegt und einen erfreulichen Aufschwung der Bodenkultur konstatiert hatte. Schließlich erwähnte der Minister die der Behörde gewährte Unterstützung seitens der Bevölkerung bei der Verpflanzung der in letzter Zeit eingefallenen Küberbande als einen Beweis, daß die Bevölkerung die Vortheile der Sicherheit, welche sie jetzt genießt, zu schätzen wisse. Der Budgetanschuß der österreichischen Delegation genehmigte gleichfalls den Okkupationskredit.

Frankreich.

Paris, 22. Juni. Eine Abordnung des „Institut de France“, bestehend aus den Herren Jules Simon, Barthélemy Saint-Hilaire, Garnier und Bastien, hat heute dem Ministerpräsidenten Floquet die Bitte vorgetragen, es möge ausnahmsweise das Verbannungsdekret gegen den Herzog von Amale zurückgenommen werden. Floquet erwiderte, er werde seinen Kollegen die Angelegenheit unterbreiten. Das „Institut de France“ beging, indem es die Regierung um die Rückberufung des Herzogs von Amale ersuchte, einen Akt der Dankbarkeit; denn der Herzog hat das Schloß Chantilly, welches bekanntlich einen enormen Werth repräsentirt, dem Institut zum Geschenk gemacht. Die Rückberufung des Herzogs würde unbedenklich erscheinen, da der Herzog niemals an den republikanischen Umtrieben seines Neffen, des Grafen von Paris, theilgenommen, dieselben vielmehr jeder Zeit offen verurtheilt hat. Es frage sich nur, ob das Ministerium den Muth hat, gegen die Meinung seiner radikalsten Parteifreunde, die f. Z. die Verbannung der Prinzen durchgesetzt haben, die Rückberufung des Herzogs von Amale zu beantragen. — Der Senat beriet heute die von der Kammer bereits angenommene Vorlage über das außerordentliche Kriegsbudget. Der Berichterstatter Boger setzte den Zweck der Vorlage auseinander. Es sei ein neues Soll-Konto von 370 Mill. zu schaffen. Das Unglück von 1870 laste noch zu schwer auf Frankreich, als daß die Regierung der Republik nicht alle Vorkehrungen treffen müßte, um eine Wiederkehr desselben zu vermeiden. Blavier (Rechte) sprach die Befürchtungen aus, daß die früheren Mißbräuche der Militärverwaltung wiederkehren könnten, er erklärte, der vorliegende Gesetzentwurf enthalte keine genügenden Garantien. Der Kriegsminister Freycinet bemerkte darauf, die Fortschritte der Wissenschaften änderen auch das Kriegsprogramm, indem sie die Kriegsausrüstung ändern. Er werde neue Studien vornehmen, um das Programm einzuschränken. Der Senat nahm die Vorlage einstimmig an.

Italien.

Rom, 22. Juni. Dem „Diritto“ zufolge beabsichtigt der König zur Krönung des Kaisers nach Berlin zu gehen. (Wie schon berichtet, meldet die „Nat.-Ztg.“, daß Kaiser Wilhelm und Kaiserin Victoria Augusta sich im Herbst als König und Königin von Preußen in Königsberg krönen lassen würden.) — Am Sonntag Vormittag findet in der Kapelle der Deutschen Botschaft Trauergottesdienst für Kaiser Friedrich statt.

Großbritannien.

London, 22. Juni. Der Gemeinderath der City nahm gestern einstimmig einen Beschluß an, welcher der Kaiserin-Witwe Victoria, sowie der kaiserlichen Familie die tiefe und herzliche Theilnahme der Stadt London anlässlich des Todes des Kaisers Friedrich ausdrückt. Eine Abschrift dieser Resolution wurde dem deutschen Botschafter, Grafen Hatzfeldt, zur Uebersmittlung nach Berlin zugesandt. — Ueber Stanley's Schicksal erzählt man endlich etwas Näheres; leider ist die betreffende Nachricht aber nicht geeignet, die Bestorgnisse um den kühnen Forscher zu zerstreuen. Laut einer Meldung des Reuterschen Bureaus aus Paul de Loando vom 20. Juni sind im Lager Yambunga's arabische Flüchtlinge eingetroffen, welche melbeten, daß die Expedition Stanley's in der waldigen und gebirgigen Gegend jenseits des Kuwimi-Flusses Mitte April in Verwirrung gerathen und daß die Zahl der an der Expedition Theilgenommenen infolge der fortwährenden Kämpfe mit den Eingeborenen um ein Drittel vermindert sei. Stanley, durch einen Pfeil schwer verwundet, sei mehrere Male im Lager von feindlich gesinnten Eingeborenen eingeschlossen worden, weshalb er weder mit Emin noch mit Yambunga in Verbindung treten konnte. Eine neue Hilfsexpedition soll unter Major Bartlett in Leopoldville organisiert werden.

Asien.

Shanghai, 21. Juni. Dem „Standard“ wird von hier gerüchtweise gemeldet, daß in den Provinzen Honan und Schantung unter der großen Anzahl von Personen, welche durch den jüngsten Austritt des Gelben Flusses in Nothstand veretzt worden sind, ein beunruhigender Aufstand ausgebrochen sei. In mehreren Ortschaften sollen die Truppen sich den Aufständischen angeschlossen und die Offiziere ermordet haben.

Amerika.

Chicago, 22. Juni. Das republikanische Wahlprogramm wurde gestern der hier tagenden republikanischen Nationalkonvention unterbreitet. Dasselbe spricht sich für die Schutzzölle aus und protestirt gegen die Aufhebung der Zölle, welche Cleveland und seine Partei verlangen; letztere hätten das Interesse Europa's im Auge,

